



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

84. Ratssitzung vom 31. Januar 2024

2792. 2023/21

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Sandra Bienek (GLP) vom 18.01.2023: Sicherere Gestaltung der Querungen von Strassen und Plätzen auf dem Schulweg von Kindern unter Einbezug von Eltern und lokalen Organisationen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1277/2023): In den Jahren 2017–2021 wurden 109 Schulwegunfälle polizeilich erfasst. 94 Kinder wurden verletzt, teilweise schwer. Unfälle auf dem Schulweg geschehen vor allem, wenn ein Kind allein unterwegs ist. Selbstständigkeit auf dem Schulweg ist für die Entwicklung eines Kindes wichtig. Der Schulweg ist ein sozialer Ort, auf dem Kontakte geknüpft und Konflikte ohne Erwachsene ausgetragen werden. In Zürich gibt es immer noch zahlreiche Schulwege, die brandgefährlich und kleinen Kindern nicht zumutbar sind, zum Beispiel über den Escher-Wyss-Platz. Häufig erkennen und melden Eltern oder lokale Vereine die Gefahr. Den Eltern ist aber oft nicht klar, an wen sie sich wenden müssen. Es wird nicht klar kommuniziert, wer zuständig ist. Ausserdem werden die Meldungen von den städtischen Stellen manchmal ignoriert oder eine Reaktion vertrödelte. Unser Postulat fordert eine Verbesserung der Abläufe. Insbesondere soll die Stadt Ansprechpersonen für Eltern und lokale Organisationen definieren. Im Fall einer Meldung soll zeitnah eine Rückmeldung erfolgen und falls erforderlich mit Massnahmen reagiert werden. Ziel ist es, dass Kinder auf dem Schulweg sicher unterwegs sein können. Der Schulwegplan soll einfacher zugänglich sein, zurzeit ist er schwer zu finden und veraltet.

Reto Brüesch (SVP) begründet den von Sebastian Zopfi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 1. Februar 2023 gestellten Textänderungsantrag: Das prognostizierte Bevölkerungswachstum in der Stadt von bis zu 100 000 Menschen in den nächsten zwanzig Jahren hat nicht nur Wohnungsknappheit und Verdichtung zur Folge, sondern beeinflusst auch die Infrastruktur. Es werden überall neue Schulhäuser gebaut, auch an vielbefahrenen Strassen. Das führt dazu, dass wir immer wieder über die Schulwegsicherheit diskutieren müssen. Schulhäuser an Hauptstrassen zu bauen, sollte grundsätzlich überdacht werden. Wir stimmen den Anliegen der Postulanten zu, wollen aber die folgende Textänderung. Es geht uns darum, dass alle Möglichkeiten geprüft und Passerellen nicht vorzeitig verweigert werden. Es gibt manchmal keine optimale Lösung. Das oberste Ziel ist es, dass Kinder den Schulweg allein und sicher auf sich nehmen können.



Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Querungen von Strassen und Plätzen auf dem Schulweg von Kindern sicherer gestaltet werden können. Dabei sollen auch die Eltern und die lokalen Organisationen, die sich mit der Schulwegsicherheit befassen, einbezogen werden. Insbesondere sollen Eltern klare Ansprechpartnerinnen erhalten und Rückmeldungen zum gültigen Schulwegplan geben können. Dabei sollen auch Unterführung und Passerellen geprüft werden, und nicht auf Kosten des MIV wie Spurreduktion, Parkplatz-Abbau und Temporeduktionen als primäre Lösung hingestellt werden.

Weitere Wortmeldungen:

Heidi Egger (SP): Die SP stimmt dem Postulat natürlich zu. Das Thema Schulweg ist sehr wichtig. Viele Eltern fühlen sich nicht ernst genommen, wenn die Schulbehörden etwas entscheiden und versuchen, diese Änderungen in Form von politischen Vorstössen durchzusetzen. Es wäre sicher viel einfacher, wenn die Eltern von Beginn an einbezogen werden und sich ernst genommen fühlen. Manchmal reicht bereits eine Testphase, damit die Eltern selbst sehen können, dass die Kinder mit dem Schulweg klarkommen. Die Textänderung der SVP finden wir schlecht. Wir hoffen, dass die Grünen sie ablehnen.

Carla Reinhard (GLP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden: Paragraph 8 der Volksschulverordnung besagt, dass die Schulpflege dafür verantwortlich ist, Massnahmen anzuordnen, wenn der Schulweg nicht zumutbar ist. Bei der aktuellen Situation ist nicht allen Schulkreispräsidentinnen und -präsidenten klar, dass die Hauptverantwortung bei ihnen liegt. Das muss dringend klar kommuniziert werden, um Leerläufe zu verhindern. Eltern brauchen eine Ansprechperson und müssen ernst genommen werden. Wenn sie nicht mit dem Schulweg einverstanden sind, können sie sich an die Kreisschulbehörde wenden. Diese kann den Schulweg basierend auf dem Schulwegplaner verteidigen. Die Wege, die der Planer vorschlägt, werden aber nicht abgelaufen und getestet. Das sollte dringend eingeführt und am besten zusammen mit den Eltern gemacht werden. Die Textänderung der SVP lehnen wir ab. Das Postulat möchte Kinder auf dem Schulweg schützen. Die Textänderung dagegen hat nur den Schutz von Autos und Autosspuren im Sinn. Die Sicherheit der Kinder ist wichtiger und hat für uns Priorität.

Sandra Gallizzi (EVP): In Zürich gibt es zahlreiche Strassenquerungen, die für Schulkinder gefährlich sind. Schulwegsicherheit muss für Kinder jeden Alters gewährleistet werden. Darum unterstützt die Die Mitte/EVP-Fraktion das Postulat, auch mit Textänderung.

Stephan Iten (SVP): Egal was die SVP fordert, den anderen Fraktionen passt es nie. Wir haben mit der Textänderung eine produktive Lösung vorgeschlagen. Kommt sie aber von uns, lehnt Ihr sie ab. Tempo 30 ist Teil des Problems. In einer Tempo-30-Zone gibt es nämlich keine Fussgängerstreifen. Das macht den Schulweg nicht sicherer. Ein Beispiel dafür ist die Nordstrasse, wo das Tempo reduziert wurde und zum Leidwesen der Eltern der Fussgängerstreifen verschwinden musste. Eine Temporeduktion ist an der Thurgauerstrasse genauso sinnlos und sogar kontraproduktiv.



3 / 3

Andreas Egli (FDP): *Wir stimmen dem Postulat zu. Es braucht eine Stelle, an die sich Eltern mit ihren Sorgen wenden können, und die gegebenenfalls erklären kann, weshalb welche Massnahmen am besten geeignet sind. Die Textänderung der SVP wäre eventuell sinnvoll. In der Umgebung von Schulen können zwar Ausnahmen gemacht und Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen installiert werden. Das Postulat formuliert aber nicht klar, dass ein Schulweg ebenerdig sein muss. Das dogmatische Argumentieren von rechter und linker Seite sollte spätestens dann aufhören, wenn sich ein Kind verletzt.*

Das Postulat wird mit 104 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat